

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, SVPplus, FDP, GLP, BDP/CVP, GFL/EVP, GB/JA! (Beat Zobrist, SP/Peter Bernasconi, SVP/Dolores Dana, FDP/Jan Flückiger, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Béatrice Wertli, CVP/Nadia Omar, GFL/Aline Trede, GB) vom 26. März 2009: Organischer Abfall zur Energiegewinnung einsammeln!; Fristverlängerung

Mit SRB 577 vom 29. Oktober 2009 hat der Stadtrat die folgende Interfraktionelle Motion SP/JUSO, SVPplus, FDP, glp, BDP/CVP, GFL/EVP, GB/JA! erheblich erklärt:

Zur Gewinnung von Bioethanol-Treibstoff wird heute in der Schweiz Holz und Raps, weltweit vor allem Mais und Zuckerrohr angebaut und verarbeitet. In Bern fallen an vergleichbaren Rohstoffen (Gartenabraum, Rüstabfälle und Speiseresten) pro Kopf im Durchschnitt pro Jahr rund 80 bis 90 kg an. Aber nur 28,5 kg davon werden in der Stadt Bern zurzeit separat eingesammelt. Rund 60 kg pro Kopf und Jahr (vor allem Speisereste und Rüstabfälle) werden in der KVA verbrannt.

In der Stadt Bern wohnen ca. 128'000 Personen. Wenn die Stadt alle organischen Rohstoffe einsammeln würde, so entspräche dies einer zusätzlichen Biomasse von 7'680 Tonnen pro Jahr. Diese Biomasse entspricht 614'400 Liter (80l/t x 7680t) Diesel-Treibstoff oder 1,54 Mio. kWh (200kWh/t x 7680t) Strom.

Die Verarbeitung in einer Kompostieranlage oder Vergärungsanlage kostet die Stadt ohne Einsammeln und Transportieren zwischen 90 und 110. Fr./t. Eine Tonne in der KVA zu verbrennen kostet nicht ganz das Doppelte. Dies entspricht in etwa einer Summe von 800'000 Franken, die bei einer Vergärung eingespart werden könnte.

Anerkannte Studien belegen, dass das Verbrennen von Speiseresten und Rüstabfällen energetisch nicht sinnvoll ist, da diese Abfälle zu nass sind, um gut zu brennen. Ökonomisch und ökologisch gesehen, macht die Verbrennung deshalb keinen Sinn. Die Schlacke, die bei der Verbrennung zurückbleibt, muss zu guter letzt auch noch als Sondermüll in eine Reaktordeponie gebracht werden.

Beim Vergärungsprozess dagegen entstehen drei wertvolle Produkte: Biogas, Kompost und Flüssigdünger. Damit wird ein sinnvoller Öko-Kreislauf geschlossen.

In seiner Antwort vom 19. Januar 2009 auf das Postulat Krummen (SP) teilte der Gemeinderat mit, dass er die Beteiligung an einer Vergärungsanlage prüfe und „zu gegebener Zeit“ auch die Rüstabfälle und Speisereste sammeln wolle. Die Umsetzung des Zieles werde mittel- bis langfristig verfolgt. Da es zurzeit im Umkreis von Bern genügend Vergärungsanlagen mit freien Kapazitäten gibt, sollte aber sofort mit der Einsammlung organischer Stoffe begonnen werden.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert:

1. Die Bevölkerung aufzuklären, zu instruieren und anzuhalten organisches Material wie Gartenabraum, Rüst- und Küchenabfälle sowie Speisereste zur Verwertung in einem separaten Gebinde bereit zu stellen.
2. Mit der energetischen Nutzung der anfallenden Biomasse im Hauskehricht nicht zuzuwarten bis die Stadt Bern alleine oder mit Partnern eine eigene Biogasanlage betreibt.
3. Die biogenen Wertstoffe spätestens ab August 2010 mit möglichst wenig Aufwand mit den bestehenden Kehrichtwagen einzusammeln.
4. Diese organischen Wertstoffe ab einer auf Stadtboden oder einer Bern nahen Umladestation zur Weiterverarbeitung in einer Biogasanlage bereit zu stellen.
5. Dem Stadtrat einen Investitionskredit zur Umsetzung dieses Vorhabens vorzulegen.
6. Dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, die den entsprechenden Artikel des Abfallreglementes (AFR vom 25. September 2005) der Stadt Bern ergänzt, damit das Einsammeln und Vergären von Biomasse ab August 2010 erfolgen kann.

Bern, 26. März 2009

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, SVPplus, FDP, GLP, BDP/CVP, GFL/EVP, GB/JA! (Beat Zobrist, SP/Peter Bernasconi, SVP/Dolores Dana, FDP/Jan Flückiger, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Béatrice Wertli, CVP/Nadia Omar, GFL/Aline Trede, GB): Manfred Blaser, Rahel Ruch, Hasim Sancar, Natalie Imboden, Cristina Anliker-Mansour, Emine Sariaslan, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Ruedi Keller, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Daniela Schäfer, Beni Hirt, Stéphanie Penher, Andreas Flückiger, Miriam Schwarz, Thomas Göttin, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Nicola von Greyerz, Gisela Vollmer, Ueli Haudenschild, Thomas Weil, Peter Bühler, Ueli Jaisli, Peter Wasserfallen, Beat Gubser, Edith Leibundgut, Martin Schneider, Dieter Beyeler, Jimmy Hofer, Claudia Meier, Thomas Begert, Philippe Cottagnoud, Vinzenz Bartolome, Kurt Hirsbrunner, Erich J. Hess, Peter Künzler, Conradin Conzetti, Martin Trachsel, Barbara Streit-Stettler, Susanne Elsener, Daniel Klauser, Daniela Lutz-Beck, Claude Grosjean, Tanja Sollberger, Kathrin Bertschy, Urs Frieden, Rolf Zbinden, Luzius Theiler, Regula Fischer, Pascal Rub, Christoph Zimmerli, Hans Peter Aeberhard, Bernhard Eicher, Mario Imhof, Rania Bahnan Buechi, Lea Bill, Philippe Müller, Anna Magdalena Linder

Bericht des Gemeinderats

Das Abfallentsorgungskonzept aus dem Jahr 2003 sieht vor, dass mittel- bis langfristig eine Vergärungsanlage und die Ausdehnung der Grüngutsammlung auf Küchenabfälle und Speisereste geprüft werden sollen. Was die Prüfung einer Vergärungsanlage betrifft, hat für den Gemeinderat wie bereits in seinem Bericht vom 8. Januar 2009 zum Postulat Fraktion SP/JUSO (Andreas Krummen, SP): Entsorgung: Neu auch Rüst- und Speiserestabfälle einsammeln und in einer Biogasanlage verwerten! vom 5. Juli 2007 ausgeführt die Weiterverfolgung des Projekts mit der KEWU AG höchste Priorität. Dazu wird dem Stadtrat ein separater Antrag unterbreitet.

Betreffend Ausdehnung der Grüngutsammlung auf Küchenabfälle und Speisereste wird gegenwärtig ein Grundlagenbericht über mögliche Systeme und deren Kostenfolgen erarbeitet. Eine der grössten Unsicherheiten betrifft zurzeit die Finanzierung. Gemäss heutigem Kennt-

nisstand und aktueller Entscheide des Bundesgerichts ist davon auszugehen, dass zur Finanzierung so wie in Zürich eine separate Gebühr für die Grünabfuhr erhoben werden muss. Davon wären auch die bisherigen Gratisleistungen betroffen. Heute werden Gartenabfälle wie Gras, Laub, Unkraut, Strauch- und Baumschnitt von Entsorgung + Recycling Bern (ERB) gratis entgegen genommen. Zudem steht im Frühling und Herbst ein Häckseldienst gratis zur Verfügung, und es werden kostenlose Kompostierkurse angeboten. Für die Erhebung einer separaten Grüngutgebühr braucht es eine Anpassung des Abfallreglementes (AfR). Diese soll mit allfällig notwendigen Anpassungen aufgrund des ausstehenden Bundesgerichtsentscheids zu den Abfallgrundgebühren gekoppelt werden. Damit kann - je nach Entscheid - verhindert werden, dass das AfR innerhalb einer kurzen Periode zweimal angepasst werden müsste. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass für die Einführung einer kostenpflichtigen Grünabfuhr in jedem Fall eine breite Vernehmlassung durchgeführt werden müsste.

Bereits im Rahmen der stadträtlichen Debatte vom 29. Oktober 2009 der Antwort zur vorliegenden Motion hat die Direktorin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün darauf hingewiesen, dass es „eine oder vielleicht auch noch eine zweite Verlängerung dieser Motion geben (wird)“ sollte die Motion entgegen dem gemeinderätlichen Antrag erheblich erklärt werden (vgl. Protokoll Nr. 29, S. 1 607). Diese Zeit wird für eine seriöse Umsetzung benötigt. Nach den negativen Erfahrungen mit den Grünen Kompostkübeln in den 1990er Jahren sollten Experimente unbedingt vermieden werden.

Für die weiteren Arbeiten ist der folgende Zeitplan vorgesehen: Bis im Frühling 2012 soll der Bericht einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zu zwei möglichen Varianten der Ausdehnung der Grüngutsammlung inklusive Kostenfolgen fertig gestellt werden. Zu den beiden Varianten soll im Jahr 2012 eine breit abgestützte Vernehmlassung in den Quartieren, Parteien etc. durchgeführt und ausgewertet werden. Anschliessend wird dem Stadtrat ein konkreter Antrag unterbreitet. Daran anschliessend wird 2013 das Reglement angepasst sowie die Logistik und die Kommunikation für die operative Umsetzung im Jahr 2014 vorbereitet werden können. Insgesamt ist damit mit einer Ausdehnung der Grüngutsammlung im Jahr 2014 zu rechnen. Bis zum Zeitpunkt der Umsetzung der Motion werden Rüstabfälle und Speisereste in Quartierkompostanlagen bzw. in der KVA (thermische Energie) verwertet.

Mit diesem Zeitplan ist die Ausdehnung der Grüngutsammlung bis im Jahr 2014 auf den Bau der geplanten regionalen Vergärungsanlage der KEWU AG abgestimmt. Die Stadt Bern wird zunächst 4 000 Tonnen Sammelgut zusichern und die schrittweise Ausdehnung der Menge als Option vorsehen.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Interfraktionellen Motion SP/JUSO, SVPplus, FDP, GLP, BDP/CVP, GFL/EVP, GB/JA! (Beat Zobrist, SP/Peter Bernasconi, SVP/Dolores Dana, FDP/Jan Flückiger, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Béatrice Wertli, CVP/Nadia Omar, GFL/Aline Trede, GB) vom 26. März 2009: Organischer Abfall zur Energiegewinnung einsammeln; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Interfraktionellen Motion um 2 Jahre, d.h. bis Ende Oktober 2013 zu.

Bern, 19. Oktober 2011

Der Gemeinderat